Verantwortliche Redakteure:
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil:
C. Knorre in Posen.




Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank".

Nr. 802.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 15. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

## Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 14. November, 1 Uhr.

Der Abgeordnete v. Lüderitz ist gestern Abend plötzlich verstorben. Das Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt, und zwar beim Etat des Rechnungshofs.

Abg. **Richter** (dfr.): Herr von Bennigsen hat auf die Nothwendigkeit hingewiesen, einen Reichsfinanzminister mit eigener Verantwortlichkeit zu schaffen. Diese Reform ist zunächst dringlich nothwendig. Ebenso nothwendig aber ist auch eine andere in der Reichsfinanzverwaltung, welche sich auf den Rechnungshof bezieht. Wir haben zwar keinen selbständigen Reichsfinanzminister; ein Surrogat ist der Reichsschatzsekretär. Dies Verhältniß besteht aber nicht einmal in Bezug auf den Rechnungshof. Denn bekanntlich fungirt die preußische Oberrechnungskammer unter dem Namen „Rechnungshof des Reichs" als oberste Kontrollbehörde. Eine Anzahl von Beamten, etwa hundert, werden zwar von Reichswegen besoldet, bilden aber nur eine besondere Abtheilung der preußischen Oberrechnungskammer. Ein selbständiger Präsident ist nicht vorhanden, sondern die Leitung ist unterworfen dem Chef der preußischen Oberrechnungskammer. Das Reich entschädigt Preußen dafür, indem es ⅓ der Besoldung des Präsidenten trägt. Daß dieses Verhältniß ein normales nicht ist, ersieht man daraus, daß es von Anfang an als ein provisorisches hingestellt ist. Schon 1868 ist die Vollmacht zu dieser Regelung nur auf ein Jahr ertheilt worden. Seitdem ist diese Vollmacht 21 Jahre hindurch immer von Jahr zu Jahr durch ein besonderes Gesetz verlängert worden. Der ganze Rechnungshof fällt also in sich zusammen, wenn wir einmal ein solches Prolongationsgesetz im Reichstage nicht mehr annehmen. Man hat uns seiner Zeit, als wir eine Festsetzung der Friedenspräsenzstärke für drei Jahre verlangten, entgegengehalten, das sei so viel als ein Parlamentsheer zu schaffen. Es ist hier nicht der Ort auseinanderzusetzen, warum dieser Vorwurf damals durchaus nicht zutreffend war. Das Heer beruht auf einer großen Reihe dauernder organischer Gesetze. Ganz anders der Rechnungshof, der von Jahr zu Jahr zu verlängern ist.

Nur einmal in einundzwanzig Jahren ist der Versuch gemacht worden, eine gesetzgeberische Regelung dieser Frage herbeizuführen durch die Einrichtung eines Rechnungshofes an sich, dabei aber entstand sofort die Schwierigkeit, nach welchen Vorschriften denn dieser Rechnungshof des Reiches die Rechnungen zu prüfen hat. Die Frage war um so wichtiger, als es sich herausstellte, daß weit mehr im Reichshaushalt als in Preußen die Etatspositionen an gewissen Verwaltungsvorschriften beruhten. Es wurde nun, um diese Kontroverse zu beseitigen, in der Session 1875 ein Gesetzentwurf von der Regierung eingebracht, betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushaltsetats. Eine Kommission hat sich mit der Frage damals sehr eingehend beschäftigt. Es handelte sich darum, zu entscheiden u. A., was ist unter Restausgabe, unter Dispositionsfonds zu verstehen, wie weit hat die Regierung das Recht, Eigenthum des Reiches selbständig zu veräußern, wie weit müssen diese Einnahmen und Ausgaben innerhalb des Reichshaushaltsetats auf den Etat gebracht werden, wie weit hat die Regierung das Recht, selbstständig auf die Einnahmerechte des Reiches zu verzichten, Defekte niederzuschlagen u. s. w. Aus dem Kommissionsbericht, den Herr von Benda erstattete, können Sie ersehen, daß man erst bei der Prüfung dieser Frage sich voll und ganz vergegenwärtigte, wie große Mißstände sich in der Verwaltung eingebürgert hätten. Wie es in dem Kommissionsbericht hieß, wollte die Kommission nur dasjenige gesetzlich fixirt haben, was als unbedingt unentbehrlich betrachtet wurde für die parlamentarische Kontrolle des Reichshaushalts. Gleichwohl erachtete die Regierung das Ministerium Delbrück, diesen Kreis der gesetzlichen Vorschriften, den die Kommission gezogen, als zu weitgehend und die Verwaltung zu sehr beschränkend. Der Gesetzentwurf blieb stecken und ist auch später nicht zur Verabschiedung gelangt.

Dieser Mangel hat eine ganz ungünstige Wirkung ausgeübt auf die Rechnungsprüfung dieses Hauses. Wir berathen nur, wie der Haushalt geführt werden soll, aber die Prüfung, ob der Haushalt auch wirklich im Sinne der Bewilligung geführt ist, ist nichts weniger als eingehend. Es hält schon sehr schwer, die Rechnungskommission zu besetzen, weil ihre Arbeiten wenig fruchtbringend sind, namentlich deshalb, weil auch die Vorberichte der Ober-Rechnungskammer, die der Kommission mitgetheilt sind, nicht ausreichend sind, um einen genügend scharfen Blick zu thun in diese Führung des Haushalts.

Das ist ein Zustand, der unmöglich so weiter fortdauern kann, seitdem die Reichsverwaltung seit jener Zeit einen sehr viel größeren Umfang angenommen hat, seitdem die Reichssteuern um 500 Millionen gewachsen sind, seitdem wir zu einem Milliardenetat und zu einer Milliardenreichsschuld gekommen sind. Als Herr v. Bennigsen seine Anregung in Bezug auf den verantwortlichen Reichsfinanzminister gab, reagirte die Regierung darauf gar nicht. Auf meine Frage in der zweiten Etatsberathung, wie die Regierung über diese Anregung denke, meinte Herr v. Boetticher, eine solche Aeußerung eines einzelnen Abgeordneten könne unmöglich hinreichen, um, wie er sich etwas hippologisch ausdrückte (Heiterkeit links), den Bundesrath in Trab zu setzen. Ich bin außer Zweifel, daß ich, der ich parlamentarisch gegenüber Herrn v. Bennigsen nur ein kleiner Mann bin (Heiterkeit links), gar nicht in der Lage bin zu verlangen, daß auf meine bloße Anregung hin die Regierung eine Erklärung abgiebt. Deshalb habe ich mich genöthigt gesehen, folgenden Antrag in dieser Sache einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, vorzulegen. Ich verfolge mit diesem Antrag keine bestimmte Forderung meiner Partei. Wenn die Herren von der nationalliberalen Partei geneigt sind, für diesen Antrag zu stimmen, werden wir um so mehr bereit sein, wenn demnächst Herr v. Bennigsen etwa beim Etat des Reichsschatzamtes seinen Antrag auf Einrichtung eines selbständigen Reichsfinanzministeriums einbringt, auch diesen Antrag zu unterstützen. Ich sage das nicht nach dem Grundsatz do ut des, sondern bin der Meinung, daß es hier gewisse Forderungen in Finanzfragen giebt, in denen noch ein Rest gemeinsamer Anschauung zwischen der nationalliberalen Partei und uns geblieben ist. (Beifall links.)

Abg. **v. Benda** (nl.): Ich stehe auch heute noch mit meinen politischen Freunden genau auf dem Standpunkt, auf welchem ich früher in dieser Frage gestanden habe. Auch in diesem Augenblick halte ich es für dringend erwünscht, in dieser Sache zu einem Friedenszustand zwischen der Regierung und dem Parlament zu kommen. Ich kann mir wohl denken, daß die Regierung und Parlament über die Differenzen, welche früher das Zustandekommen eines Gesetzes hinderten, zu einer anderen Auffassung gelangt sind. Die Sache ist so oft vertagt worden, weil wir uns mit erheblich größeren Dingen zu beschäftigen hatten. Ich trage kein Bedenken, diesem Antrage zuzustimmen. Es handelt sich nicht um bestimmte unabänderliche Forderungen, sondern um eine Verständigung mit der Regierung, die sich bei allgemeinem guten Willen wohl wird finden lassen. (Beifall links.)

Schatzsekretär **v. Maltzahn-Gültz**: Daß die Regierungen den ehrlichen Willen gehabt haben, wie sie ihn noch heute haben, diese Frage zu erledigen, wenn sich eine allseitige befriedigende Verständigung bietet, haben sie vor Jahren dadurch gezeigt, daß sie einen solchen Gesetzentwurf vorgelegt haben. Ueber einzelne Differenzpunkte ist damals eine Verständigung nicht erfolgt. Wenn der Abg. Richter die Sache wieder anregt, so setze ich voraus, daß er die gegenwärtige Zeit für geeignet hält, über die übrig gebliebenen Differenzpunkte eine Vereinigung zu erzielen. Hält er ihn für geeignet, dann steht ihm frei, einen Gesetzentwurf einzubringen. Einem Beschlusse des Reichstags gegenüber werden sich die Regierungen ihrer verfassungsmäßigen Pflicht der Prüfung nicht entziehen. Sollte aber der Gedanke im Hintergrunde liegen, daß diese Verständigung nur zu erzielen sei, wenn die Regierung die von Ihnen damals angenommene Stellung aufgiebt und ohne weiteres der Auffassung eines Theils des Reichstags zustimmt, so würde diese Voraussetzung kaum zutreffen. Ich beziehe mich auf die Erklärung, die ich am 13. Mai d. J. Herrn v. Benda gegeben habe. Damals habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ebensowenig wie 1875 eine Einigung mit dem Reichstag erzielt wurde, auch heute, wenn dasselbe Gesetz wieder vorgelegt würde, eine Verständigung mit dem Reichstag zu erwarten wäre.

Abg. **Richter** (dfr.): Ich habe mich gar nicht übertrieben in das Studium der Kontroversen von 1875 vertieft, weil die Regierung ja doch anders zusammengesetzt ist wie damals und auch ihre Politik geändert hat. Warum soll ich annehmen, daß in diesen rein technischen Fragen die heutige Regierung sich noch ganz auf den Standpunkt von 1875 stellt? Auch ich selber kann beim besten Willen nicht sagen, daß ich bei all diesen Fragen noch denselben Standpunkt vertrete wie früher. Denn es handelt sich doch nicht um Fragen einer politischen Ueberzeugung, sondern um solche Fragen, bei denen man aus der Praxis täglich zulernt. Dann haben sich ja auch die ganzen Verhältnisse geändert. Bei der jetzigen Ausdehnung des Militäretats, des Marineetats, bei der Hinzufügung vieler neuer Zivilverwaltungen ist eine viel strengere Ordnung und die Festlegung formeller Grundsätze auch vom Standpunkt der Regierung nothwendig.

Entschieden ablehnen muß ich es, daß ein solcher Gesetzentwurf aus der Initiative des Hauses hervorgeht. Ein Gesetzentwurf über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben ist ein technisches Gesetz, zu dessen Vorbereitung und Formulirung es so sehr einer genauen Uebersicht bedarf und so sehr zahlreicher Hilfskräfte, über welche allein die Regierung verfügt, daß es ganz unmöglich ist, ein solches Gesetz aus der parlamentarischen Initiative hervorgehen zu lassen. Beharrt also die Regierung darauf, daß der Reichstag ein derartiges Gesetz vorlegen soll, so läuft das auf eine vollständige Ablehnung hinaus.

Abg. **v. Helldorff** (kons., auf der Tribüne schwer verständlich): Man kann ja auf dem von Herrn Richter vertretenen Standpunkt stehen, ohne die Annahme seines Antrags im gegenwärtigen Moment für geeignet zu halten. Das Verlangen nach einem so schwierigen Gesetz würde doch nur eine weitere Belastung der Gesetzgebung bedeuten, die sich im Interesse der parlamentarischen Arbeiten nicht empfiehlt, um so weniger, als zum großen Theil die Kontroversen, die früher dem Gesetze entgegengestanden haben, auch jetzt noch fortbestehen.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Es handelt sich doch nicht blos um eine rein formelle Regelung, sondern um ganz bestimmte Standpunkte, und ebensowenig wie Herr Richter den früheren Standpunkt seiner Partei aufgeben zu wollen schien, werden die verbündeten Regierungen geneigt sein, ihre frühere Stellung aufzugeben. Nichtsdestoweniger zweifle ich nicht, daß, wenn der Reichstag einen Beschluß faßt im Sinne des Antrages des Herrn Richter, die Regierungen prüfen werden, ob sich die Vorlegung eines solchen Gesetzes empfehlen wird. Zu welchem Resultat sie dann kommen werden, kann ich jetzt nicht sagen.

Abgeordneter **Richter** (dfr.): Herr Abg. v. Helldorff hat gesprochen von einer Belastung der Gesetzgebung. Ich glaube gerade, daß nach den vielen tief einschneidenden Gesetzentwürfen dieser Legislaturperiode die nächste mit andern einschneidenden Gesetzentwürfen verschont werden sollte. Sodann aber liegt es auch auf der Hand, daß Sie durch Ihre ablehnende Haltung Diejenigen, denen an einer besseren Ordnung des Finanzwesens gelegen ist, gerade darauf hinweisen, nun bei den einzelnen Etatspositionen und Rechnungen alle die Fragen zur Entscheidung zu bringen, und damit das Haus übermäßig zu belasten, weit mehr, als wenn durch eine generelle Erledigung dieser Angelegenheit die Entscheidung über den einzelnen Fall nöthig geworden wäre. Die letzte Erklärung des Herrn Staatssekretärs war ja übrigens auch weniger ablehnend als seine erste.

Abgeordneter **Hammacher** (nl.) beantragt die Ueberweisung des Antrages Richter an die Rechnungskommission.

Nach längerer Diskussion über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrages Richter, wird dieser Antrag an die Rechnungs-Kommission verwiesen.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des **Reichsamt des Innern**, bei welchem die neulich abgebrochene Debatte über Titel 1 fortgesetzt wird.

Zu demselben liegt der Antrag **Dr. Baumbach-Schrader** (deutschfreis.) vor, die Regierung zu weiterer Ausbildung der **Arbeiterschutzgesetzgebung** in Ansehung der **Frauen- und Kinderarbeit** aufzufordern.

Abg. **Stumm** (Reichsp.) beantragt auch die **Sonntagsarbeit** einzufügen.

Abg. **Frohme** (Soz.): In der neulichen Verhandlung hat der Minister die Fabrikinspektoren in Schutz genommen gegen unsere Vorwürfe, daß die Bestrebungen der Arbeiter von den Behörden zu Gunsten der Unternehmer unterdrückt wurden und behauptet, daß den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter nichts in den Weg gestellt wurde, sondern nur die umstürzlerischen sozialdemokratischen Bestrebungen bekämpft wurden. Nun frage ich: wo ist die Grenze? Bekannt ist doch, daß die große Mehrzahl der Arbeiter Sozialdemokraten sind. Will man darum ihre Anstrengungen, die Löhne zu verbessern, also ein vitales Recht jedes Menschen, als sozialdemokratisch und umstürzlich hinstellen? Die nöthige Objektivität und Unparteilichkeit fehlt unseren Gewerberäthen. In den Berichten werden die Bestrebungen, mißliche Verhältnisse zu bessern, als „vermeintliche Beschwerden" bezeichnet. Auch wissen die Berichte sehr wenig von dem noch vielfach bestehenden Trucksystem. Nur 3 Fälle werden genannt. Dem gegenüber aber zählt die Kriminalstatistik 105 Bestrafungen wegen Anwendung des Trucksystems auf.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Im Bericht steht, daß das Trucksystem am meisten noch in der Hausindustrie zur Anwendung kommt. Die Hausindustrie steht aber nicht unter der Kontrolle der Fabrikinspektoren. Daher kommt die große Zahl von Bestrafungen nach der Kriminalstatistik auf Konto der Hausindustrie. Eine feste Grenze zwischen erlaubten und umstürzlerischen Bestrebungen läßt sich nicht ziehen, sondern nur an der Hand des einzelnen Falls kann eine Entscheidung gegeben werden. Bezüglich der Strikes hat die Reichsverwaltung die Auffassung, daß die Koalitionsfreiheit mit Recht benutzt werden darf zur Aufbesserung der wirthschaftlichen Lage. Nun wissen wir aber auch, daß die Koalitionsfreiheit vielfach zur Aufreizung der Arbeiter und zu sozialdemokratischer Propaganda benutzt wird. Das müssen wir unterdrücken.

Abg. **Baumbach** (dfr.): Ich kann anerkennend konstatiren, daß die Berichte der Fabrikinspektoren unseren Anregungen entsprechend in Preußen wenigstens wörtlich mitgetheilt werden, und hoffe, daß darin fortgefahren wird.

Dem Minister muß ich darin Recht geben, daß in der Hausindustrie das Trucksystem am meisten zur Anwendung kommt. Ich weiß aber auch, daß in sonstigen Industriezweigen das Trucksystem existirt, ohne daß der betreffende Inspektor eine Ahnung davon hatte. In den Berichten sind verschiedene Vorschläge über die Lohnzahlungen gemacht worden, namentlich über die direkten Lohnzahlungen an die jugendlichen Arbeiter, die keinen rechten Gebrauch davon machten. Ich muß hier dem badischen Fabrikinspektor zustimmen, der sich gegen ein Einschreiten der Gesetzgebung in diesen Fällen wendet, und verlangt, daß vielmehr die Arbeitgeber für die rechte Verwendung des Geldes seitens der jugendlichen Arbeiter sorgen sollten. Auch dem Vorschlage, die Löhne an die besseren Hälften der verheiratheten Männer zu zahlen (Heiterkeit), könnte ich nicht beipflichten. Die Statistik ergiebt, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken fortwährend im Wachsen ist. Während im Jahre 1887 142000 jugendliche Arbeiter beschäftigt wurden, ist diese Zahl bis 1888 auf 192000 gestiegen. Das Hauptkontingent stellt Sachsen, wo 38000 jugendliche Personen gegen 34000 im Vorjahre beschäftigt wurden. Speziell die Zahl der Kinder ist von 10652 im Jahre 1887 gestiegen auf 11700 im Jahre 1888. Ein Zusammenhang dieser Mißstände mit dem Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen ist nicht zu bezweifeln. In dem von konservativer Seite so gerühmten Sachsen ist die Zahl der sozialistischen Stimmen von 33000 im Jahre 1878 auf 159000 im Jahre 1889 gestiegen. Industrielle Arbeiter in Sachsen sind überhaupt 191000. Sie sehen also, daß unter diesen Stimmen der Arbeiter weitaus die größte Zahl sozialistische Stimmen sind. (Ruf rechts: Auch die freisinnigen Arbeiter stimmen für die Sozialdemokraten.) Nun, da verweise ich auf die Aeußerung des sächsischen Bevollmächtigten, Herrn Held, daß es in Sachsen ja gar keine Freisinnigen giebt. (Große Heiterkeit links.)

Die Regierung sollte doch endlich Veranlassung nehmen, der Frage des Kinderschutzes in den Fabriken praktisch näher zu treten. Deshalb haben wir unseren Antrag, über den ja erfreulicher Weise im Reichstage Einverständniß herrscht, auf Einschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken durch Vorlegung eines Gesetzentwurfs eingebracht. Auch bezüglich der Frauenarbeit ist eine gesetzliche Regelung und auch Einschränkung zu wünschen, obwohl wir uns für einen Normalarbeitstag der Frauen nicht aussprechen können. Es kommt noch vielfach vor, und namentlich in Sachsen, daß die Frauen und Mädchen in den Fabriken übernächtigen müssen. Hat sich doch eine Regierung veranlaßt gesehen, Vorschriften über die Bekleidung der arbeitenden Frauen in den Fabriken zu geben.

Dem Unterantrag Stumm könnten wir ohne Bedenken unsere Zustimmung geben. Daß der detaillirte Antrag der Zentrumspartei in derselben Frage noch in dieser Session zur Erledigung kommt, ist nicht anzunehmen bei dem Hochdruck, mit welchem auf baldigen Schluß der Session gearbeitet wird. Herr Kühn hat in Breslau erzählt, die Freisinnigen seien keine wahren Freunde der Arbeiter, wie das Verhalten des Abg. Baumbach bei der Diskussion über den Normalarbeitstag im Reichstage beweise. Dagegen erwidere ich nur, daß ein Stimmen für einen elfstündigen Normalarbeitstag doch eine sehr billige Bethätigung der Arbeiterfreundlichkeit ist. Ja! diese Freundlichkeit ist sogar schädlich, weil eine Reihe von Arbeiterkategorien schon an sich eine zehn- und neunstündige Arbeitszeit errungen haben. Die Arbeiter werden auch durch rationelle Anwendung ihrer Koalitionsfreiheit und schließlich des Strikes weit mehr erreichen, als Sie ihnen geben können.

Hierbei richte ich die Anfrage an den Staatssekretair, wo bleibt die Thätigkeit der deutschen Fabrikinspektoren bei den Strikes, bei denen die österreichischen so schöne Erfolge aufzuweisen haben? Warum kann uns eine Statistik in dieser Richtung nicht vorgelegt werden? Die Inspektoren haben dabei immer nur hervorzusuchen sich bemüht, ob die Strikes auf Einflüssen der Sozialdemokraten beruhen oder nicht. Danach hat ein Inspektor gar nicht zu suchen, sondern lediglich, ob die Bestrebungen berechtigt sind oder nicht. So glaubte man auch aus der Theilnahme von Bergleuten am internationalen Sozialistentage in Paris die Verbindung des Ausstandes der Kohlenarbeiter mit der Sozialdemokratie bewiesen zu haben. Dasselbe schloß man naiver Weise aus dem Namen eines Mädchens Lassaline, das noch dazu im Hause Marie gerufen wird. Aber mögen auch im westfälischen Strike sozialistische Einflüsse vorhanden gewesen sein, so handelt es sich doch nur darum, ob die Ansprüche gerecht waren oder nicht. Und da muß ich sagen: Die Forderungen waren gerecht und die Geltendmachung war maßvoll. Das hat auch Herr Hammacher anerkannt. Der Strike ist im großen und ganzen ein durchaus gerechter gewesen, wenn auch jugendlich unreife Burschen Veranlassung zu Unruhen gegeben haben,

wie in Bochum, wo das Militär eingeschritten ist. Der Arbeiter muß nun einmal leben, darum kann man die Strikes von vorn herein nicht verurtheilen, wenn ich auch der Meinung bin, daß sie durch anderweitige Maßregeln möglichst verhütet werden sollten.

Jedenfalls aber solle man nicht daran denken, die Strikes durch Einschränkung der Koalitionsfreiheit zu verhüten oder gar den Arbeiter wegen Kontraktbruchs zu bestrafen. Ich wünschte über den letzteren Gedanken einen Aufschluß seitens der Regierung. Herr Oechelhäuser hat den Vorschlag, wenn auch nicht ausdrücklich gebilligt, so doch als diskutabel erklärt. Für uns ist die Frage nicht diskutabel, das kann ich im Namen aller meiner Freunde erklären. Den Arbeiter wegen Kontraktbruch zu bestrafen, hieße ihn unter ein Sonderrecht stellen, da auf anderen Gebieten der Kontraktbruch nicht bestraft wird. Wenn auch Herr Oechelhäuser den Unternehmer gleichfalls wegen Kontraktbruchs bestrafen will, so ist derselbe doch in ganz anderer ökonomischer Lage als der Arbeiter, der sogleich ins Gefängniß wandern muß.

Ich will hier noch die Frage des gewerblichen Schiedsgerichts berühren. Auf die Resolution des Reichstages in dieser Frage Anfangs Januar ist bis jetzt von den Regierungen kein Bescheid ergangen. Eine einheitliche Gesetzgebung ist nothwendig, weil sich die Sache auf statutarischem Wege nicht regeln läßt. Das haben die Erfahrungen gezeigt, die z. B. die Stadtgemeinde Berlin mit der statutarischen Einführung der Schiedsgerichte gemacht hat. Eine Einigung mit dem Oberpräsidenten bezüglich des Rechtsweges und des Frauenstimmrechts konnte nicht erzielt werden. Uebrigens haben sich in Frankfurt mit dem Frauenstimmrecht keine Uebelstände ergeben. Wird man mit den Schiedsgerichten auch nicht die Strikes aus der Welt schaffen, so werden doch die Gegensätze abgeschwächt werden. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Boetticher: Das Verlangen, daß der Bundesrath und die Regierungen jetzt schon auf die vorjährige Resolution einen Gesetzentwurf vorgelegt haben sollte, ist etwas zu stürmisch. Der Bundesrath hat allerdings den Auftrag zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs gegeben, die Kommissionen haben auch bereits zum Theil den Entwurf ausgearbeitet, und ich darf erwarten, daß dem Reichstag dieser Entwurf in der nächsten Session zugehen wird: für diese Session kann ich es nicht versprechen.

In Bezug auf die Arbeiterschutzanträge kann ich nichts anderes erklären, als was ich im vorigen Jahre bei dieser Gelegenheit ausgesprochen habe. Der Bundesrath hat nach den damals ausgesprochenen Erwägungen eine ablehnende Haltung den Arbeiterschutzanträgen gegenüber einnehmen müssen, und inzwischen ist nichts eingetreten, was ihn umstimmen könnte.

Auf Seiten der Regierung denkt niemand daran, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschränken. Auch ist weder bei der preußischen noch bei der Reichsregierung irgend welche Anregung auf Bestrafung der Arbeiter wegen Kontraktbruchs gegeben worden.

Eine Zunahme der Kinderarbeit hat allerdings stattgefunden, aber nicht derart, daß wir die Lage als ungünstig bezeichnen müssen. Wir können zwei Perioden unterscheiden, die eine bis 86, die andere von diesem Zeitpunkt an bis jetzt. Von sämmtlichen in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeitern waren Kinder 13,5 pCt. in der ersten Periode, 11,9 pCt. in der zweiten Periode, also bis 1888. Wenn also auch die absolute Zahl zugenommen hat, so hat relativ die Kinderbeschäftigung doch abgenommen. Wir sehen auch in der zunehmenden Beschäftigung jugendlicher Personen ein erfreuliches Zeugniß für den Aufschwung der Industrie, denn es kann nicht nachgewiesen werden, daß erwachsenen Arbeitern dadurch Arbeit entzogen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Frh. von Stumm (Rp.) Der Abg. Baumbach hat bei Begründung seines Antrages de omnibus rebus et quibusdam aliis gesprochen, eine Art der Motivirung eines Antrages, die ich als unerhört bezeichnen muß. (Unruhe links). Ich kann unmöglich auf alles eingehen, was der Vorredner vorgebracht hat, und behalte mir das für später vor.

Das Institut der Fabrikinspektoren ist aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen, und der Reichstag kann mit ihrer Thätigkeit zufrieden sein, und auch die Arbeiter können dankbar sein, für die Objektivität und das unparteiische Interesse für ihre Lage, das aus ihnen spricht. Diese Bestrebungen muß man um so mehr anerkennen, als es galt, die Arbeiter doppelt zu schützen, einmal vor Ausbeutung seiner Arbeitskraft, dann aber auch vor den theoretisch wohlgemeinten, meist aber ins Gegentheil umschlagenden Belehrungen.

Die Nachtarbeit und Kinderarbeit ist ja ein Nachtheil, dagegen die Zunahme der Beschäftigung der Leute über 14 Jahre, die sonst zu leicht in unrechte Bahnen und ins Vagabundenthum übergehen, ein Vortheil. Aus den Berichten der Fabrikinspektoren ergiebt sich nun allerdings, daß die Nachtarbeit selbst bei Frauen noch nicht in dem wünschenswerthen Maße abgeschafft ist. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage durch den Bundesrath ist also auf das dringendste wünschenswerth. Freilich muß man sich auch vor zu weit gehenden Forderungen hüten, weil dadurch die Arbeitgeber leicht abgeschreckt werden, energisch für eine Verbesserung der wirthschaftlichen Lage ihrer Arbeiter einzutreten. Lieber als die Zwangsjacke einer allgemeinen Schutzgesetzgebung ist den Kennern der Verhältnisse dann noch der jetzige Zustand. Der Antrag Baumbach hält sich ja in den erforderlichen Schranken, und ich empfehle dessen Annahme mit einem Amendement.

Abg. Frhr. v. Franckenstein (Ztr.): Wir sind nicht in der Lage für den Antrag Baumbach zu stimmen, weil wir selber einen Antrag in Gesetzesform eingereicht haben. Daß wir wünschen, diese Materie endlich gesetzlich geregelt zu sehen, das haben wir seit langen Jahren bewiesen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Oechelhäuser (nl., auf der Tribüne sehr schwer verständlich) spricht sich für den Antrag Baumbach aus, der dem vom Zentrum gebrachten Gesetzentwurf vorzuziehen sei, da die Regelung einer so hochwichtigen Materie nur aus der Initiative der Regierung hervorgehen könne. Das ganze soziale und wirthschaftliche Leben eines Landes habe das wichtigste Interesse an der Regelung und daran, daß die Regierungen sich endlich von ihrer ablehnenden Stellung gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung entfernten. Möge bei den nächsten Wahlen niemand gewählt werden, der nicht bereit wäre, dem jetzigen Reichstage auf dieser arbeiterfreundlichen Bahn zu folgen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Frege (kons.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrage Baumbach, welche stets bereit sein werde, Mißstände in der Industrie möglichst zu beseitigen. — Redner leitet die zunehmende Zahl der sozialistischen Stimmen in Sachsen gegenüber dem Abgeordneten Baumbach nicht aus den schlechten Industrieverhältnissen, sondern der starken Bevölkerungszunahme und dem außerordentlichen Zuzug fremder Arbeiter her, wie er sich gerade nach Sachsen bemerkbar mache. Es bedürfe nur einer weisen Behörde und guter Gesetzgebung, um die sächsischen Arbeiter von sozialistischen Verirrungen zurückzuhalten. Die konservative Partei behalte sich, wenn sie auch heute für den Antrag Baumbach stimme, doch ihre prinzipielle Stellung in der Arbeiterschutzfrage auf Grund ihrer früheren Anträge vor. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. v. Boetticher erinnert daran, daß die Strikebewegungen, welche als Grund für den Antrag Baumbach angeführt seien, in keinem Zusammenhang mit dem Arbeiterschutzgesetz ständen, sondern sich lediglich auf Lohnforderungen bezögen. Deshalb hätten wegen der Strikes in diesem Jahre die Regierungen keine Veranlassung gehabt, der Frage näher zu treten.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Baumbach: Herr v. Stumm hat sich über die Länge meiner Rede beklagt. Ja, ich bin nun einmal ein gründlicher Mann, der es mit solchen Fragen ernst nimmt, und werde mich von meiner Abneigung gegen die Oberflächlichkeit auch nicht durch die Erwartung auf eine interessante Rede des Herrn v. Stumm abbringen lassen. Wir haben Herrn v. Stumm ja jetzt wieder im Reichstag, und es wird hoffentlich interessanter werden, als zur Zeit, wo wir seine Anwesenheit vermißten. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.
(Fortsetzung der heutigen Berathung.) (Schluß 5 Uhr.)

## Deutschland.

*** **Berlin**, 14. November. In der Kommission für das Sozialistengesetz finden neuerdings wieder Verhandlungen unter der Decke statt, indem die Nationalliberalen nicht nur die Anträge ihres Abg. Kulemann der Ablehnung preisgegeben haben, sondern, wenn auch zunächst nur an dem Beispiel eines einzelnen Artikels des bestehenden Gesetzes, des Art. I. nämlich in einem Zusammenhange, der die dauernde Annahme dieses Artikels voraussetzt, einen Anhalt für die Beurtheilung ihrer zukünftigen Haltung geboten haben. Es wird sich jetzt fragen, was nun weiter geschieht, wenn die Regierung jedes Abweichen von dem neuen Gesetzentwurf als unannehmbar zurückweist und damit alle weitergehenden Mäßigungen, Milderungen u. s. w. beseitigt. Offenbar mit Rücksicht auf diese Erwägungen hat die Diskussion der Sache in der Presse eine Abschwächung erfahren. Das Weitere wird sich ja wohl in der nächsten Sitzung der Kommission erkennen lassen. — — Einen praktischen Erfolg wenigstens haben die bisherigen Verhandlungen über das Bankgesetz bereits gehabt; sie haben den Urheber der Anträge auf Verstaatlichung der Reichsbank, den Grafen Udo zu Stolberg veranlaßt, aus der Budgetkommission auszuscheiden. Herr Graf Udo Stolberg ist immer der Vertreter der extremsten wirthschaftlichen Auffassung gewesen; es ist ganz gut, wenn diese Herren sich daran gewöhnen, mit etwas weniger Selbstgefälligkeit namentlich in solchen Fällen zu agiren, wo sie einen nur sehr geringen Kreis von Parteigenossen haben, die an ihrem Strange ziehen. Daß die Anträge des Abg. Gamp praktisch nicht viel mehr Bedeutung haben, als die vorgenannten, geht schon daraus hervor, daß Herr Gamp durch die Abkürzung der Kündigungsfrist von 10 auf 5 Jahre die Möglichkeit offen halten will, daß eine künftige Mehrheit des Reichstages sich gerade 5 Jahre früher einer geläuterten wirthschaftlichen Anschauung über die Verwaltung des Bankwesens anschließt. Die Beschlußfassung über die Gampschen Anträge steht noch aus; eine wirthschaftliche Bedeutung werden die Gampschen Anträge wahrscheinlich auch nicht erlangen, wohl aber die von verschiedenen Richtungen des Hauses kommenden Anregungen, bei der Herabsetzung der Gesammtdividende über den jetzt vorgeschlagenen Rahmen hinauszugehen namentlich mit Rücksicht darauf, daß ja doch das Bankgesetz in der neuen Form volle 10 Jahre in Kraft bleiben wird. Die Regierung wird sich freilich dem Bundesrath gegenüber in einer etwas unangenehmen Position befinden, wenn sie auf solche Wünsche einzugehen bereit sein sollte. Ein Zugeständniß an die Auffassung der Agrarier ist nach der gehobenen Rede des Reichsbankpräsidenten kaum noch möglich. Man könnte daraus umgekehrt schließen, daß Herr v. Dechend der vollen Unterstützung der Regierung bei seiner gegenwärtigen Forderung sicher ist.

— Ueber die Geschenke des Sultans an das deutsche Kaiserpaar wird gemeldet: Der Gesammtwerth beträgt 40 000 Pfund oder 1 Million Franks. In 24 gewaltigen Kisten verpackt, wurden die Geschenke von der ottomanischen Hafenbehörde an Bord der „Danzig" gebracht; drei hohe türkische Polizeibeamte überwachten den Transport. Abgesehen von dem kostbaren Ehrensäbel und der wundervollen Agraffe für die Kaiserin bestehen die Geschenke vorzugsweise aus prächtigen Shawls, Seidenwebereien und Teppichen, welche sämmtlich eigens zu diesem Zwecke hergestellt wurden.

— Wir haben bereits mitgetheilt, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Ausfuhr von lebenden Bakonier-Schweinen verboten habe. Es fehlte in dieser Meldung noch die Angabe des Grundes für diese Maßregel, welche in Berlin sofort eine Preissteigerung um acht Mark auf den Zentner Lebendgewicht, also um mindestens acht Pfennige auf das Pfund Fleisch herbeigeführt hat. Dieser Grund wird nun in einem Berichte nachgeholt, welchen das offiziöse Telegraphenbureau aus Pest, 13. November, in folgendem Wortlaut übermittelt:

Die ungarische Regierung hat der deutschen Regierung den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche, welche wohl die Mastung beeinträchtige, Handel und Verkehr hemme, der Gesundheit der Thiere jedoch nicht im Geringsten schädlich sei, als in etlichen Schweinemastungen Steinbruchs eingetreten angezeigt, gleichzeitig aber auch von den getroffenen außergewöhnlichen strengsten Verfügungen behufs Lokalisirung des Uebels Mittheilung gemacht. Die Behörde hat außerdem den ganzen Verkehr nach Deutschland eingestellt, an die deutsche Regierung aber das Ersuchen gerichtet, die Einfuhr gesunder Mastungen nicht zu hemmen. Minister Graf Szapary und Ministerialrath Lipthay haben sich durch Besuch der Kontumazanstalten persönlich von der strengsten Durchführung der angeordneten Maßregeln überzeugt.

Unter diesen Umständen gewinnen die Anträge der freisinnigen Partei auf Oeffnung der dänischen Grenze für die Schweineeinfuhr und auf Aufhebung des zehn Mark für den Zentner frisches Schweinefleisch betragenden Zolles an Bedeutung. Ob die ungarische Regierung behauptet habe, die Maul- und Klauenseuche beeinträchtige die Gesundheit der Thiere nicht im Geringsten, mag zweifelhaft sein. Jedenfalls ist der Ausbruch der Seuche in Steinbruch, dem bedeutendsten Stapelplatze für die Ausfuhr, ein Ereigniß, welches die Ernährung gerade der weniger bemittelten Volksklassen in Deutschland so ernstlich erschwert und vertheuert, daß sich die Reichsregierung kaum der Nothwendigkeit wird verschließen können, Abhilfe zu schaffen. Was aber geschehen kann, sollte schnell geschehen, ehe die Preissteigerung den Volksmassen allzu schwer fühlbar würde.

— Anläßlich eines Spezialfalles hat der Minister für Handel und Gewerbe entschieden, daß nach den zur Zeit maßgebenden Vorschriften von jeder ausländischen Versicherungsgesellschaft, welche zum Geschäftsbetriebe in Preußen zugelassen wird, verlangt werden muß, daß sie

---

## Zur Erinnerung an Charles Darwin.

Von Dr. Otto Zacharias.

(Nachdruck verboten.)

Wenn wir heute Veranlassung nehmen, die Erinnerung an Ch. Darwin vor einem weiteren Kreise wachzurufen, so geschieht es deshalb, weil uns der unlängst in deutscher Uebersetzung erschienene Briefwechsel*) des berühmten Gelehrten in den Stand setzt, tiefere Blicke in das Geistesleben desselben zu thun, als dies bisher lediglich auf Grund seiner wissenschaftlichen Werke und Abhandlungen möglich war. Es ist von entschiedenem Interesse, auch den Menschen Darwin näher kennen zu lernen, und dieser enthüllt sich in den Briefen, die jetzt zu jedermanns Kenntnißnahme vorliegen, in wahrhaft liebenswürdiger Weise. Wir entnehmen aus jenen werthvollen Schriftstücken zu gleicher Zeit, welche Mühe und wie großen Kampf es kostet, einer neuen Anschauung den Weg zu bahnen, und gewinnen eine gewaltige Hochachtung vor dem Manne, der Jahrzehnte lang von einem kleinen Dörfchen (Dowe) aus es vermochte, die Welt mit immer neuen Forschungsresultaten zu überraschen.

Um welche wichtige Frage es sich bei Darwins Forschungen handelte, kann nicht oft genug wiederholt werden. Es giebt allerwärts noch eine Menge Leute, denen man höhere Bildung durchaus nicht absprechen kann, die aber trotzdem von dem Kernpunkte des Problems, dessen Lösung von Darwin angestrebt wurde, kaum eine Ahnung haben. Dies hat freilich seinen Grund mit darin, daß die Thatsachen, welche gebieterisch eine Erklärung erheischen, nicht allgemein bekannt sind. Dazu kommt aber noch, daß tieferes Nachdenken über schwierige Gegenstände nicht jedermanns Sache ist. Aus beiden Ursachen wird es verständlich, daß es Menschen giebt, die sich vollkommen dabei zu beruhigen vermögen, wenn ihnen gesagt wird, daß die heute existirenden Organismenformen (inkl. der Spezies Homo) ursprünglich einmal „erschaffen" worden seien. Wie es bei einem derartigen Schöpfungsakte zugegangen sein mag — ob z. B. die Eiche als fertiger Baum oder nur als entwicklungsfähiger Keim zur Entstehung gelangte — das bildet bei den meisten keinen Anlaß zu weiterer Spekulation. Nur der Gedanke der Beabsichtigung und des Zweckes verbindet sich in der Vorstellung der Kreationisten unabtrennbar mit der Idee der Erschaffung, so daß Gott (als direkter Urheber der organischen Welt) den vorhandenen sowohl wie den bereits ausgestorbenen Thier- und Pflanzenspezies genau so gegenüberstehend gedacht wird wie ein Mensch dem Produkte seines künstlerischen Könnens.

Diese Vorstellungsweise ist augenscheinlich sehr befriedigend für unser von Zweifeln beunruhigtes Gemüth. Denn gingen einstmals die organischen Wesen aus Gottes Hand so unmittelbar hervor „wie der Topf aus der Hand des Töpfers", so brauchen wir nicht weiter darüber nachzudenken, wie es kommt, daß jedes an seinen rechten Platz in der Natur gestellt ist, daß es die ihm zusagende Nahrung aufzufinden weiß, Kunstfertigkeiten entfaltet und überhaupt der Außenwelt in so wunderbarer Weise angepaßt ist, wie dies darauf gerichtete Forschungen überall nachweisen. Alle diese merkwürdigen Verhältnisse erklären sich dann ohne weiteres durch die einfache Thatsache, daß die betreffenden Organismen gleich mit solchen geistigen und körperlichen Eigenschaften ausgerüstet ins Dasein traten, wie sie für die geologische Beschaffenheit der Erdoberfläche zur Zeit ihrer Erschaffung nothwendig waren. Der Schöpfer mußte also jedesmal die neu erscheinenden Thiere und Pflanzen dem jeweiligen Stande der geologischen Entwickelung anpassen, d. h. sie zweckmäßig dafür organisiren. Dies führte mit logischer Konsequenz zu der Annahme, daß jeder Theil des thierischen oder pflanzlichen Leibes durch göttliche Vorausbestimmung die Form und Struktur besitze, welche derselbe bei eingehender Untersuchung dem forschenden Auge enthüllt.

Demgegenüber kann man nun aber mit Recht die Frage aufwerfen, ob z. B. die nach einander auftretenden Abänderungen in der Größe des Kropfes bei der Kropftaube, welche der Mensch gehäuft hat, um seiner Laune zu genügen, auch als eine direkte Folge der schöpferischen Beabsichtigung zu betrachten sind. Nach der Ansicht der Kreationisten*) müßte man dies bejahen. Aber auf der anderen Seite erscheint es geradezu widersinnig, daß der Erschaffer des großen Weltalls sich um den Kropf einer Taube kümmern sollte, bloß um den thörichten Liebhabereien des Menschen Vorschub zu leisten.

In einem Briefe an den amerikanischen Naturforscher Asa Gray (vom 17. September 1861) kommt Darwin auch auf diesen Punkt zu sprechen und sagt darüber Folgendes: „Ich habe in der letzten Zeit mit Lyell korrespondirt, welcher, wie ich meine, auch Ihre Idee der Beabsichtigung annimmt. Ich habe ihn gefragt, ob er wohl glaubt, daß die Form meiner Nase beabsichtigt war. Thut er das, so habe ich weiter nichts zu sagen. Thut er es aber nicht (angesichts dessen, was Züchter durch die Auswahl individueller Differenzen in den Nasenknochen der Tauben erreicht haben), so muß ich es für unlogisch halten, anzunehmen: daß die Abänderungen, welche die natürliche Zucht wohl zum Besten eines jeden Wesens erhält, voraus bestimmt worden sind."

Uebrigens hatte Darwin schon am 22. Mai 1860 an Asa Gray einen Brief gerichtet, der in außerordentlich klarer und objektiver Weise die Beziehungen der Entwickelungstheorie zu den theologischen Ansichten behandelt. Es ist wünschenswerth, das die bezügliche Argumentation in den weitesten Kreisen bekannt wird, denn sie wird viele Vorurtheile hinsichtlich der Person des großen englischen Forschers zu beseitigen im Stande sein. Es heißt in jenem Briefe: „. . . . . Ich habe durchaus nicht die Absicht gehabt, atheistisch zu schreiben.

---

*) 3 Bände, Schweizerbartscher Verlag, Stuttgart.

*) Streng Bibelgläubigen.

die Konzession, die Gesellschaftsstatuten und etwaige Abänderungen derselben auf ihre Kosten durch die Amtsblätter derjenigen Bezirksregierungen veröffentlichen läßt, in deren Umkreis sie Geschäfte betreiben will.

— Regierungsseitig wird gegenwärtig auf ein stärkeres freiwilliges Eintreten der Landarmenverbände und der Kreise hingewirkt, um die für manchen Ortsarmenverband drückenden Verhältnisse der Armenpflege zu mildern. Im Allgemeinen ist dabei von dem preußischen Minister des Innern als zweckmäßiger Maßstab für eine bessere Vertheilung der außerordentlichen Armenlast aufgestellt worden, daß die Errichtung und Unterhaltung der größeren Heil- und Bewahranstalten für Geisteskranke, Idioten, Epileptische, Blinde in einer dem Bedürfnisse entsprechenden Anzahl und Größe den Landarmenverbänden zur Last bleiben müsse, während die Kreise die nach Abzug der allgemeinen Verwaltungskosten der Anstalten sich ergebenden, für die einzelnen Kranken aufgewendeten Kosten ganz oder doch zum größeren Theile zu übernehmen hätten.

— Der Prozeß gegen den Rechtsanwalt Harmening wegen Beleidigung des Herzogs von Coburg kommt am 2. Dezember vor dem Landgericht Weimar zur Verhandlung.

— Die Kommission zur Vorberathung über die Herbeiführung gemeinsamer Grundsätze bei der Genehmigung und Revision von Dampfkesseln hat während der letzten Tage unter Vorsitz des Geh. Oberregierungsraths Lohmann im Reichsamt des Innern verschiedene Konferenzen abgehalten und am Dienstag ihre Berathungen geschlossen. Es handelte sich dabei um Erörterung der Frage, ob es nicht möglich ist, das gesammte Gesetzgebungs- und Verordnungsgebiet, das sich auf die Dampfkessel bezieht, also nicht blos die Dampfkesselanlagen, sondern auch deren Revisionen betrifft, von Reichswegen oder wenigstens einheitlich zu regeln. Zur Zeit sind gewisse Fragen, wie die der Konzessionspflichtigkeit durch die Gewerbeordnung, die der Anlegung von Dampfkesseln einheitlich durch Bundesrathsbeschluß geordnet, während eine ganze Reihe anderer und unter ihnen die Frage der Revisionen von Seiten der Landesregierungen erledigt werden.

## Frankreich.

* **Paris**, 14. November. Die Wahlprüfungen wurden gestern eifrig betrieben. Gegen 155 Wahlen liegen Verwahrungen vor, 80 davon entbehren jedoch jeder urkundlichen Begründung. Von den mit Beweisstücken angegriffen Wahlen sind gegen 35 boulangistisch, gegen 40 monarchistisch. Joffrins Wahl wurde vom betreffenden Ausschusse für ungiltig erklärt, doch beweist das nicht, daß die Vollkammer dieses Urtheil bestätigen werde. Der Zufall wollte, daß Laisant in seinem Ausschusse Berichterstatter für Constans Wahl wurde; er lehnte jedoch ab, diese Wahl zu prüfen. Die allgemeine Stimmung ist dagegen, viele Wahlen zu vernichten; für die schlimmsten Fälle wird einstweilen blos die Untersuchung angeordnet werden. Die gestrige Vollversammlung der Rechten ließ erkennen, daß viele Reaktionäre geneigt sind, ihre unversöhnliche Haltung aufzugeben. Pion und Helydoisel sprachen in diesem Sinne. Cassagnac vertheidigte die bisherige Umsturzpolitik der Rechten, die bis zum Bündniß mit den wüthendsten Radikalen ging. Die Mehrheit beschloß aber, einstweilen eine einzige Partei zu bilden und der Regierung gegenüber eine abwartende Haltung einzunehmen. Einige hervorragende Mitglieder, wie Breteuil, de Mun u. s. w. sind entschlossen, eine Gruppe der Unabhängigen zu bilden, wenn Cassagnaes Ansichten bei der Rechten durchdringen.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin**, 14. November. In der ersten Sitzung der Bankkommission wurde gestern Abend die vom Abg. Grafen Stolberg vorgeschlagene Resolution auf Kündigung der Antheilsscheine und Verstaatlichung der Reichsbank mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Dann stellte Abg. Gamp Abänderungsanträge zu §§ 30, 31, 34 und 36 des Bankgesetzes, um eine Aenderung in der Zusammensetzung der Verwaltung der Bank herbeizuführen.

— Die Budgetkommission genehmigte ohne wesentliche Debatte das Ordinarium des Marineetats; zur Vorberathung des Extraordinariums, welche morgen beginnt, wurde eine Subkommission eingesetzt.

## Lokales

**Posen**, 15. November.

* **Das Grundstück Berlinerstraße Nr. 2** ist, wie wir zu der in der heutigen Morgennummer unserer Zeitung enthaltenen Notiz berichtigend bemerken, nicht für 160 000, sondern für 186 000 M. verkauft worden.

* **Aus dem Polizeibericht**. Verhaftet wurden gestern 2 Bettler. — In Polizei-Gewahrsam wurde ein halberstarrtes, obdachloses Mädchen von 12 Jahren gebracht. — Gefunden: ein weißes, gezeichnetes Taschentuch auf dem Wilhelmsplatz. — Verloren: 2 Schlüssel an einem Schlüsselringe auf dem Wege von der Berg- nach der Halbdorfstraße und eine Zither im Kasten auf dem Wege von der Wronkerstraße nach dem Kernwerk.

* **Der Straßenverkehr** wurde gestern Vormittag auf kurze Zeit an der Ecke der Büttel- und der Klosterstraße dadurch gehemmt, daß an einem Lastwagen das linke Vorderrad brach.

d. **Im Dorfe Jerzyce** bei Posen, wo, wie bereits mitgetheilt, Herr Ehrlich aus Schroda eine Druckerei und Buchhandlung errichtet hat, wird von Neujahr sogar ein polnisch-humoristisches Blatt: „Dzwonek humorystyczny“ (das humoristische Glöcklein) erscheinen.

d. **In polnischen Besitz** scheinen neuerdings auch in den kleineren Städten unserer Provinz viele Grundstücke überzugehen, ebenso wie dies schon seit etwa zwei Jahren sich in der Stadt Posen bemerkbar macht. In Schrimm sind in der letzten Zeit 4 Grundstücke am Markte in polnische Hände gelangt.

## Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 14. November. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Unbedeutende Zufuhr und ruhiges Geschäft, Preise unverändert. Wild und Geflügel. Große Wildzufuhr, lebhaftes Geschäft, Preise fest. Geflügel unverändert. Fische. Zufuhr gering, doch für den schwachen Bedarf ausreichend. Stilles Geschäft, Preise etwas anziehend, in Räucherwaaren flaues Geschäft. Butter knapp, Preise fest. Käse unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte. Unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 56—60, IIa 46—54, IIIa 38—42, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 50—56, IIa 38—48, Schweinefleisch 60—66 Mk. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 90—110 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,30—0,47, Rothwild per ½ Kilo 0,28—0,39, Rehwild Ia. 0,55—0,65, IIa. bis 0,50, Wildschweine 0,30—0,40 M., Hasen per Stück 2,50—3,45 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 2,35—2,85 Mk., Fasanenhennen 1,50—2,00 Mk., Krammetsvögel —,— M., Wildenten 1,00—1,40 Mk., Seeenten 50—75, Krickenten 30—40 Pf., Waldschnepfen 2,50—3,30 M., Bekassinen — bis — Mark, Rebhühner, junge 1,20—1,40 Mark, alte 0,80—0,90 Mk. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, junge 2,00—3,50, Enten 1,10—1,80 Mk., Puten 2,50—3,00, Hühner alte 0,70—1,00, do. junge 0,30 bis 0,70 M., Tauben 0,25 bis 0,35 Mark per Stück.

Fische. Hechte pr. 50 Kilo 54—58, Zander 80—100, Barsche —, Karpfen große 80 Mk., do. mittelgr 72 Mk., do. kleine 66, Schleie 85— — Mk., Bleie 49 Mk., Aland 52 Mk., bunte Fische (Plötze rc.) do. 20—30 M., Aale, große 90 M., do. mittelgroße 75 M., do. kleine 60 M. Krebse, große, p. Schock — M., mittelgr. 2,50—4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,25—1,40 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 120—122 M., IIa. 112—116, schlesische, pommersche und posensche Ia. 118,00—120,00, do. do. IIa. 112—116 M., ger. Hofbutter 108—112 M., Landbutter 85—95 M. — Eier. Hochprima Eier 3,20—3,25 Mark, Prima do. —, per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. Rosen- 1,20—1,50 M., do. weiße 1,20—1,60 M. Zwiebeln 6,00—7,00 M. per 50 Kilogramm, Mohrrüben lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf 25—30 Mark, Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf 3 M., Spinat, per 50 Ltr. 0,75 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 7—8 M., Tafelbirnen div 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div. brutto mit Korb, 25—40 M., ungar. do. 10—40 M., italienische do. 35 bis 40 M. Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbots — M., franz. Cornes — M., rheinische 24—28 M., rumänische — Mark, Haselnüsse, rund, Sizilianer 25—28 Mark, do. lang. Neapolitaner — Mark, Paranüsse 35 M., franz. Krachmandeln 92—95 M.

** **Berliner Konkurs-Nachrichten**. In dem Konkurse über das Vermögen 1) des Kaufmanns Georg Patzke stellte der Verwalter Dielitz im ersten Termin den Forderungen ohne Vorrecht von 17 490 M. eine Dividende von 17 Prozent bei Durchführung des Verfahrens in Aussicht. Das Geschäft soll möglichst im Ganzen meistbietend verkauft werden,—2) des Goldwaarenhändlers Emil Haack soll durch den Verwalter Gödel eine Abschlagsvertheilung von 2000 Mark auf 19 972 M. 22 Pf. anerkannte Forderungen ohne Vorrecht erfolgen. — Die Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Siegfried Goldstein und der Handelsgesellschaft Gottschalk u. Rosenthal sind durch erfolgte Ausschüttung der Massen beendet. — Konkurs ist eröffnet worden über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Reitzel hier, Frankfurter Allee 170. Konkursverwalter ist der Kaufmann Gödel, Neanderstraße 10, Anmeldefrist 21. Dezember. Termin 5. Dezember.

** **Auswärtige Konkurse**. Eröffnungen. Beim Gericht zu: Berlin II. Kaufmann Rudolf Reitzel in Friedrichsberg. Brake. Kaufm. A. G. C. Zimmermann in Rodenkirchen. Darkehmen. Kaufm. Franz Torner das. Ellwangen. Wirth Ignatz Ilg in Saverwang. Friedland (Rgbz. Breslau). Kaufm. Max Finger das. Hultschin. Kaufm. Gustav A. Braschke das. Kassel. Firma Ortheim u. Co. in Neuemühle bei Niederzwehren. Langenberg. Klempner Wilhelm Knipprath in Velbert. Liegnitz. Schuhwaarenfabrikant Joh. Drescher das. Neckarsulm. Handelsmann Nathan Herr jun in Kochendorf. Niebüll. Kaufm. M. Pein das. Plettenberg. Schreiner Friedrich Ganschow das. Uelzen. Achtelhöfer und Gastwirth Friedrich Kophal in Groß-Ellenberg.

**Marktpreise zu Breslau am 14. November.**

| Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation. | | gute | | mittlere | | geringe Waare | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Höchster M. Pf. | Niedrigst. M. Pf. | Höchster M. Pf. | Niedrigst. M. Pf. | Höchster M. Pf. | Niedrigst. M. Pf. |
| Weizen, weißer | pro 100 Kilog. | 18 80 | 18 60 | 18 20 | 17 80 | 17 20 | 16 70 |
| Weizen, gelber alter | | 18 70 | 18 40 | 18 10 | 17 70 | 17 10 | 16 60 |
| Roggen | | 17 80 | 17 60 | 17 40 | 17 10 | 16 90 | 16 70 |
| Gerste | | 17 70 | 17 20 | 15 70 | 15 30 | 14 50 | 13 — |
| Hafer | | 16 — | 15 80 | 15 60 | 15 40 | 15 20 | 14 80 |
| Erbsen | | 17 — | 16 50 | 16 — | 15 50 | 14 50 | 14 — |

Raps, per 100 Kilogramm, 31,70 — 30,— — 28,50 Mark.
Winterrübsen 30,90 — 29,50 — 27,80 Mark.
Dotter —, —, — Mark.
Sommerrübsen —,— — —,— — —,— Mark.
Schlaglein 21,50 — 20,30 — 18,— Mark.
Hanfsaat —, —, — Mark.
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08 — 0,09 — 0,10 Mark.

**Breslau**, 14. November. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen (per 1000 Kilogr.) fest. Gekünd. —,— Ctr. per November 176,50 bez., November-Dezember 172,00 Gd., April-Mai 175,00 Br.

Hafer (per 1000 Kgr.) Gek. — Ctr., per November 158,00 Br., Novemb.-Dezbr. 158,00 Br., April-Mai 161,00 Br.

Rüböl (per 100 Kilogramm) still. Gek. —,— Ctr, per November 72,50 Br., November-Dezember 70,00 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 u. 70 Mark Verbrauchsabgabe, geschäftsl. Gek. —,— Ltr. Per Novbr. (50er) 50,10 Gd., (70er) 30,60 Gd., November-Dezember (70er) 30,40 Gd. April-Mai (70er) 31,50 Br.

Zink (per 50 Klgr.) fest. G. v. Giesches Erben W.-H.-Marke 23,20 bezahlt.

**Breslau**, 14. November, 9½ Uhr Vormittags. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen zu notirten Preisen gut veräuflich, per 100 Kilogr. schles. weißer 17,30 18,50—18,80 M., gelber 17,20—18,40—18,70 M., feinste Sorte über Notiz bez. — Roggen bei stärkerem Angebot unverändert. per 100 Kilogramm 17,20—17,40—17,90 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt — Gerste in fester Haltung, per 100 Kilogramm 15,50 bis 16 bis 17,00, weiße 17,50—18,50 M. — Hafer mehr Kauflust, per 100 Kilogramm 14,70—15,20—16,20 Mark. — Mais behauptet, per 100 Kilogramm 12,00—13,50—14,00 Mark. — Erbsen schwacher Umsatz, per 100 Kilogr. 15,00—16,00—17,00 M., Viktoria- 16,00—17,00—19,00 Mark. — Bohnen unverändert, per 100 Kilogramm 17,00—17,50 bis 18,00 Mark. — Lupinen schwach angeboten, per 100 Kilogramm gelbe 9,00—10,00—11,25 Mk., blaue 8,00—9,00—10,00 Mark. — Wicken ohne Angebot, per 100 Kilogramm 14,00 bis 15,00 bis 16,00 Mark. — Oelsaaten sehr fest. — Schlaglein behauptet. — Hanfsamen niedriger, 15,00 — 15,50 — 16,00 Mark. Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pfennigen: Schlagleinsaat 21,50—20,50—18,50 Mark, Winterraps 31,80—31,30—29,80 Mark, Winterrübsen 30,80—29,70—28,70 M. — Rapskuchen behauptet, per 50 Kilogr. schles. 14,60—15,00 M., fremder 14,10—14,60 M. — Leinkuchen in fester Stimmung, per 100 Kilo schles. 16,00—16,30 M., fremder 15,00—15,30 Mark. — Palmkernkuchen per 100 Kilogr. 13,00—13,50 Mk. — Kleesamen sehr feste Stimmung, rother per 50 Kilogramm 35—38—44 M., weißer 38—41—48 Mark. — Mehl sehr fest, per 100 Kilogramm incl. Sack Brutto Weizen- fein 27,00—27,50 M., Hausbacken- 27,00—27,50 M, Roggen-Futtermehl 10,20—10,60 M., Weizenkleie 8,60—9,00 M. — Heu per 50 Kilogramm 3,30 bis 3,80 Mk. — Roggenstroh per 600 Kilogramm 38,00—42,00 Mark.

**Stettin**, 14. November. [An der Börse.] Wetter: Schön. Temperatur + 7 Grad Reaum. Barometer 28,8. Wind: W.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loko 179—183 M. per November-Dezember 183,5—184,5—184 M. bez., per April-Mai 189,5—190 M. bez., per Mai-Juni 190,5 M. Gd. — Roggen höher, per 1000

---

Ich gestehe aber zu, daß ich nicht so deutlich, wie es Andere sehen und wie ich selbst thun zu können wünschte, Beweise von Absicht und von Wohlthätigkeit auf allen Seiten um uns herum erkennen kann. Es scheint mir zu viel Elend in der Welt vorhanden zu sein. Ich kann mich nicht dazu überreden, daß ein wohlwollender und allmächtiger Gott mit vorbedachter Absicht die Ichneumoniden oder Schlupfwespen erschaffen haben würde mit der ausdrücklichen Bestimmung, sich innerhalb des Körpers lebender Raupen zu ernähren, oder auch, daß eine Katze mit den Mäusen erst grausam spielen solle. Da ich nun hieran nicht glauben kann, sehe ich auch keine Nothwendigkeit zu dem Glauben ein, daß das Auge ausdrücklich beabsichtigt wurde. Auf der andern Seite kann ich mich aber doch in keinerlei Weise davon befriedigt fühlen, dieses wunderbare Universum, und besonders die menschliche Natur, zu betrachten und zu folgern, daß alles nur das Resultat der rohen Kraft sei. Ich bin geneigt, alles als das Resultat vorausbestimmter Gesetze zu betrachten, wobei die Einzelnheiten, mögen sie gut oder schlimm sein, der Wirkung dessen überlassen werden, was man Zufall nennen kann. Nicht, als wenn mich dieser Begriff durchaus befriedigte. Ich fühle aufs allertiefste, daß der ganze Gegenstand zu schwierig ist für den menschlichen Verstand. Ein Hund könnte ebenso gut über den Geist Newtons spekuliren. Laßt einen jeden Menschen hoffen und glauben, was er kann. Der Blitz tödtet einen Menschen, mag er ein guter oder ein schlechter sein, infolge der ganz außerordentlich komplizirten Thätigkeit der Naturgesetze. Ein Kind (was sich später als ein Idiot herausstellen kann) wird durch die Thätigkeit noch komplizirterer Gesetze geboren, und ich kann dafür keinen Grund einsehen, warum ein Mensch oder ein Thier ursprünglich nicht durch Gesetze noch komplizirterer Art hervorgebracht worden sein könnte, und daß alle diese Gesetze ausdrücklich von einem allweisen Schöpfer vorausbestimmt sein könnten, welcher jedes künftige Ereigniß und deren Folge voraussah. Je mehr ich aber hierüber nachdenke, desto verwirrter werde ich.“

Dieser Brief ist ein Muster von Objektivität, und er zeigt uns das mit unerschrockener Folgerichtigkeit vorwärts dringende Denkvermögen Darwins im hellsten Glanze. Noch heute sind viele Leute, die sich freilich niemals die Mühe genommen haben, tiefer über die großen Probleme der Natur nachzudenken, der falschen Ansicht, daß jeder Versuch, die Entstehung der Organismen naturgesetzlich zu erklären, eo ipso den Atheismus involvire. Dieser ganz irrigen Ansicht gegenüber muß einmal so nachdrücklich als möglich betont werden, daß die Lehre von der stufenweisen Entwickelung der Lebensformen absolut nichts mit irgend einer religiösen Ueberzeugung zu thun hat. Wir wissen, daß der Inhalt eines Hühner-Eies sich binnen 21 Tagen in ein lebendes Küchlein umwandelt, wenn er während dieses Zeitraumes eine regelmäßige Zufuhr von Wärme durch den Brutofen erhält. Wenn die kalkige Eischale durchsichtig wie Glas wäre, so würden wir in der Lage sein, die Bildung des jungen Vogels Tag für Tag verfolgen zu können, und die Thatsache zu konstatiren, daß derselbe aus einem unscheinbaren zelligen Keime bis zu seiner vollen Größe kontinuirlich und ohne die Dazwischenkunft irgend eines plötzlichen Ereignisses, welches einem Schöpfungsakte verglichen werden könnte, sich entwickelt. Wenn nun in diesem Falle die allmähliche Entstehung eines komplizirten organischen Wesens mit den Attributen der Gottheit verträglich ist — was auch der orthodoxeste Christ nicht in Abrede stellen wird — so ist es auch unmöglich, daß eine atheistische Vorstellung in der Annahme gefunden werden kann, daß einstmals die gesammte organische Welt ihren Ursprung von wenigen niederen Formen nahm, deren allererste Herkunft uns freilich bis zur Stunde ein großes Räthsel ist. Wir müssen zugestehen, daß uns die Entzündung von Leben, auch in seiner einfachsten amöbenartigen Gestalt, auf Grund des bisher bekannten Waltens der Naturgesetze unbegreiflich ist.

Nicht minder unbegreiflich ist uns aber auch das Dasein der unorganischen Naturkörper als solches. Erfolgte nun die Entstehung des Universums mit Allem, was es in sich enthält, auf dem Wege einer stufenweisen Entwickelung in streng ursächlicher Bedingtheit, so muß es trotzdem noch eine erste molekulare Anordnung der Materie im Raume gegeben haben, aus der alles Weitere mit zwingender Nothwendigkeit durch Evolution hervorging. Wir können alles, was vorhanden ist, gesetzmäßig erklären, nur jene erste Anordnung der Moleküle nicht, aus der alles Uebrige erfolgt ist. Hier ist dann der Platz, wo eine schaffende Kraft statuirt werden muß, die alle Gesetze überragt, und deren Wege absolut unerforschlich sind. „Ins Innere der Natur dringt kein erschaffener Geist.“ Die Anerkennung dieser äußersten Schranke unserer Erkenntniß darf uns aber nicht verhindern, in dem Bereiche, der unserem forschenden Verstande zugänglich ist, auf die kausale Erklärung alles irdischen und kosmischen Geschehens auszugehen. Und in diesem Sinne faßte Darwin schon 1859 seine Lebensaufgabe auf, indem er an den Geologen Lyell schrieb: „Geben Sie bloß ein einfaches urtypisches Geschöpf zu, wie den Schlammfisch oder Lepidorsiren, mit 5 Sinnen und einem Rudimente von Geist, so kann durch natürliche Zuchtwahl der Ursprung aller übrigen Wirbelthiere erklärt werden.

Wie fruchtbar dieser Gedanke gewesen ist, geht am Klarsten daraus hervor, daß es heutzutage wohl schwerlich einen Zoologen oder Botaniker geben wird, der etwas Anderes als ein tief von Darwins Ansichten beeinflußter Evolutionist ist. Eine Umkehr auf dem mit so großem Erfolge betretenen Wege ist nicht mehr denkbar, wohl aber eine thatsächliche Berichtigung von dem und jenem, was Darwin gelehrt hat. Das Erklärungsprinzip selbst bleibt jedoch davon unberührt, denn die Fruchtbarkeit seiner Anwendung spricht viel zu deutlich für seine Richtigkeit.

---

Kilo loko alter 159—164 M. geringer — M. bez., neuer 165—168 M., per November-Dezember 165,5—166—165,5 M. bez., per April-Mai 168,5 M. bez., per Mai-Juni 168,5 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko Märker 165 bis 175 M. bez. — Hafer per 1000 Kilo loko pommerscher 152 bis 156 M. — Rüböl steigend, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 74,5 M. Br., per November 73,5 M. Br., per April-Mai 66 M. Br. — Spiritus unverändert, per 10000 Liter-Prozent loko ohne Faß 70er 31,5 M. bez., 50er 50,8 M. bez., per November und November-Dezember 70er 30,6 M. nom., per April-Mai 70er 31,9 M. nom., per Mai-Juni 70er 32,4 M. bez. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 184 Mark, Roggen 166 M., Spiritus 70er 30,6 Mark. — Petroleum loko 12,35 Mark verz. bezahlt. (Ostsee-Ztg.)

## Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

| | 13. November. | 14. November. |
|---|---|---|
| ffein Brodraffinade | — | — |
| fein Brodraffinade | — | — |
| Gem. Raffinade II. | 27,50—28,25 M. | 27,50—28,25 M. |
| Gem. Melis I. | 25,50—25,75 M. | 25,50—25,75 M. |
| Krystallzucker I. | 27,00 M. | 27,00 M. |
| Krystallzucker II. | — | — |
| Melasse Ia | — | — |
| Melasse IIa | — | — |

Tendenz am 14. November: Unverändert. Brode ohne Angebot, daher ohne Notiz

B. Ohne Verbrauchssteuer.

| | 13. November. | 14. November. |
|---|---|---|
| Granulirter Zucker | — | — |
| Kornzucker Rend. 92 Proz. | 16,40—16,85 M. | 16,35—16,60 M. |
| dto. Rend. 88 Proz. | 15,40—15,80 M. | 15,30—15,60 M. |
| Nachpr. Rend. 75 Proz. | 11,00—13,00 M. | 11,00—13,00 M. |

Tendenz am 14. November: Matt.

**Danzig**, 14. November. Getreide-Börse. (H. v. Morstein.) Wetter: Unverändert.. — Wind: W.

Weizen. Inländischer bei kleinem Angebot fest, Transit unverändert. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 124/5 Pfd. 175 M., weiß 130/1 Pfd. 181 M., hochbunt 126/7 Pfd. 180 M., für polnischen zum Transit blauspitzig 121/2 Pfd. 120 M., roth bunt 127/8 Pfd. 133 Mark, bunt krank 122/3 Pfd. 127 M., gutbunt 118/9 Pfd. 128 Mark, 126 Pfd. 133 M., gutbunt alt 124 Pfd. 134 Mk., hellbunt 125 Pfd., 128 Pfd. 138 Mk., 128/9 Pfd. 140 M., hochbunt 130/1 Pfd. 142 M., für russischen zum Transit roth 124 Pfd. 133 M., roth milde 129 Pfd. 133 Mk., roth milde 129 Pfd. 139 M., streng roth 133 Pfd. 142 M., 135/6 Pfd. 143 Mark, Ghirka 120 Pfd. 121 Mark per Tonne. Termine: November-Dezember zum freien Verkehr 178 Mark Gd., transit 134 Mk. Br., 133½ M. Gd., Dezember-Januar transit 134½ Mk. Br., 134 M. Gd., April-Mai zum freien Verkehr 188 M. Gd., transit 140½ Mk. Br., 40 M. Gd., Juni-Juli transit 143½ Mk. Br., 143 Mk. Gd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 179 M., transit 135 M.

Roggen fest. Bezahlt ist russischer zum Transit 120 Pfd. 107 M. per Tonne. Termine: November inländisch 159 M. Br., transit 107 M. Br., per November-Dezember inländisch 159 M. Br., transit 107 M. Br., per April-Mai inländisch 162 M. Br., 161½ M Gd., transit 111 M. Br. Regulirungspreis inländisch 160 M., unterpolnisch 109 M., transit 107 M. Gekündigt 200 Tonnen.

Gerste ist gehandelt russische zum Transit hell 98 Pfd. 103 M., 109 Pfd. 112 M., weiß 100 Pfd. 110 M., fein weiß 105 Pfd. 131 M., Futter- 90—95 Mrk. per Tonne. — Hafer und Erbsen ohne Handel. Pferdebohnen russische zum Transit 125 M. per Tonne gehandelt. — Rübsen russischer zum Transit Sommer- 223 Mark per Tonne bezahlt. — Raps russischer zum Transit Sommer- 237 M. per Tonne gehandelt. — Heddrich russischer zum 125 M. per Tonne bezahlt. — Weizenkleie zum Seeexport grobe 4,25 M. per 50 Kilo gehandelt. — Spiritus kontingentirter loko 50½ M. Gd., kurze Lieferung 50 Mark Gd., November-April 50½ M. Gd., nicht kontingentirter loko 31 M. Gd., kurze Lieferung 50½ M. Gd., November-April 50½ M. Gd.

** **Ausgeschriebene Submissionen.** Am 3. Dezember. Strafanstalt Cronthal: Arbeitskräfte. — Am 16. Dezember. Strafanstalt Fordon: Arbeitskräfte.

** **Wien**, 11. November. Ausweis der österr.-ungar. Bank vom 7. November*)

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Notenumlauf | 433,775,000 | Abn. | 7,155,000 | Fl. |
| Metallschatz in Silber | 160,461,000 | Zun. | 119,000 | „ |
| do. in Gold | 54,426,000 | unverändert | | |
| In Gold zahlb. Wechsel | 24,982,000 | Abn. | 17,000 | „ |
| Portefeuille | 178,504,000 | Abn. | 4,235,000 | „ |
| Lombard | 30,885,000 | Zun. | 2,711,000 | „ |
| Hypotheken-Darlehne | 110,810,000 | Abn. | 106,000 | „ |
| Pfandbriefe im Umlauf | 106,203,000 | Zun. | 57,000 | „ |

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 31. Oktober.

** **Wien**, 13. Novbr. Ausweis der Karl-Ludwigsbahn (gesammtes Netz) vom 1. bis 10. November 252 318 Fl., Mehreinnahme 6837 Fl., die Einnahmen des alten Netzes betrugen in derselben Zeit 194 255 Fl., Mehreinnahme 11 692 Fl.

** **Warschau**, 13. Novbr. [Die Einnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft] betrugen im Oktober cr. 7300 Rubel weniger als in demselben Monat des Vorjahres.

Die Einnahmen der Warschau-Bromberger Eisenbahn betrugen im Oktober cr. 13 700 Rubel weniger als in demselben Monat des Vorjahres.

** **Amsterdamer Industrie-Palast, 10 Fl.-Loose von 1867.** 46. Prämienziehung am 1. November 1889 zu den am 1. Oktober 1889 gezogenen Serien. Auszahlung sofort bei der Niederländischen Bank zu Amsterdam. Gezogene Serien:

Ser. 3 470 926 973 1139 1352 3210 3354 3430 3486 3497 3813.

Gewinne:

a 1000 Fl. Ser. 3354 Nr. 20.
a 250 Fl. Ser. 3 Nr. 25, Ser. 3497 Nr. 6 8.
a 100 Fl. Ser. 3 Nr. 16, Ser. 973 Nr. 8, Ser. 3354 Nr. 16, Ser. 3497 Nr. 4.
a 50 Fl. Ser. 470 Nr. 3, Ser. 926 Nr. 8 19, Ser. 1352 Nr. 17, Ser. 3210 Nr. 4 15, Ser. 3354 Nr. 1 10 18, Ser. 3430 Nr. 10, Ser. 3497 Nr. 9, Ser. 3813 Nr. 14.
a 26 Fl. Ser. 3 Nr. 5 9 12 19 20 22 23, Ser. 470 Nr. 4 8 11 12 19 22, Ser. 926 Nr. 2 4 10 13 16 17 24 25, Ser. 973 Nr. 2 4 7 10 12 13 14 20 23, Ser. 1139 Nr. 4 5 10 12 16 18 21 24, Ser. 1352 Nr. 1 3 4 23 24, Ser. 3210 Nr. 3 5 8 12 14 23 24, Ser. 3354 Nr. 2 3 13 15 21 23, Ser. 3430 Nr. 1 4 7 9 11 18 20 21, Ser. 3486 Nr. 4 11 13 14 16 18 19 23 25, Ser. 3497 Nr. 3 5 11 12 13 17 21 22, Ser. 3813 Nr. 3 4 6 12 16 17 18 23 25.

Die übrigen Nummern obiger Serien erhalten je 19 Fl.

** **Berlin**, 15. Novbr. [Städtischer Zentralviehhof.] (Privattelegramm der „Posener Zeitung.") Zum Verkauf standen: 630 Rinder, umgesetzt 400 Stück, Preis unverändert, 1037 Schweine, Preis 56—64 Mark, Markt geräumt, 697 Kälber: Ia 61—64 Pf., IIa 54—60 Pf., ruhig, 481 Hammel, umsatzlos.

## Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal.

2. Schleuse
vom 12. bis 13. November, Mittags 12 Uhr.

Gustav Haller VIII. 1252, Güter, Berlin-Bromberg.
Paul Buschak VIII. 1213, Güter, Magdeburg-Bromberg.
Gustav Schirmer Nr. 193, Schleppdampfer „Fliege", Bromberg-Montwy.
Karl Schneider VIII. 1198, Güter, Bromberg-Montwy.
August Muhme IV. 629. Feldsteine, Fuchsschwanz-Bromberg.
Johann Ulawski XIV. 156, Raddampfer „Drewenz", Bronislaw-Brahemünde.

## Telegraphische Nachrichten.

**Wildparkstation**, 15. Nov. Der Kaiser und die Kaiserin sind heut früh 7 Uhr 57 Minuten hier eingetroffen und wurden von der Prinzessin Friedrich Leopold auf dem Bahnhofe empfangen. Ihre Majestäten begaben sich sofort nach dem Neuen Palais.

**Paderborn**, 15. Nov. Der Weihbischof Freusberg ist gestern Abend gestorben.

**Berlin**, 15. Nov. Das Schreiben des Reichstagspräsidenten, betreffend den Beschluß des Reichstags wegen Vorlegung des Entwurfs der Militär-Strafprozeßordnung, ist den Bundesrathsausschüssen für das Justizwesen der Landwehr und Festungen überwiesen worden.

**München**, 18. Nov. Den „Neuesten Nachrichten" zufolge wird der Berliner Militärbevollmächtigte, Generalmajor Hylander, demnächst abberufen und durch den Gouverneur von Ingolstadt, Generallieutenant Sauer, oder Generalmajor v. Schuk ersetzt werden.

## Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 15. November 1889.

| Gegenstand. | | | gute W. M. | Pf. | mittel W. M. | Pf. | gering. W. M. | Pf. | Mitte. M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen | höchster | pro 100 Kilogramm | 18 | 80 | 18 | 10 | 17 | 30 | 17 | 87 |
| | niedrigster | | 18 | 40 | 17 | 70 | 16 | 90 | | |
| Roggen | höchster | | 17 | 10 | 16 | 70 | 16 | 40 | 16 | 63 |
| | niedrigster | | 16 | 90 | 16 | 50 | 16 | 20 | | |
| Gerste | höchster | | 16 | 70 | 16 | — | 14 | 70 | 15 | 60 |
| | niedrigster | | 16 | 50 | 15 | 50 | 14 | 20 | | |
| Hafer | höchster | | 16 | 80 | 15 | 90 | 15 | 10 | 15 | 65 |
| | niedrigster | | 16 | 30 | 15 | 50 | 14 | 30 | | |

Andere Artikel.

| pro 100 Kilo | höchst. M. | Pf. | niedr. M. | Pf. | Mitte. M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Stroh Richt- | 8 | — | 7 | 25 | 7 | 63 |
| Krumm- | — | — | — | — | — | — |
| Heu | 7 | — | 6 | 25 | 6 | 63 |
| Erbsen | — | — | — | — | — | — |
| Linsen | — | — | — | — | — | — |
| Bohnen | — | — | — | — | — | — |
| Kartoffeln | 3 | — | 2 | — | 2 | 50 |
| Rindfl. v. d. Keule p. 1 kg | 1 | 40 | 1 | 20 | 1 | 30 |

| pro 1 Kilo | höchst. M. | Pf. | niedr. M. | Pf. | Mitte M. | Pf. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bauchfleisch | 1 | 20 | 1 | — | 1 | 10 |
| Schweinefl. | 1 | 40 | 1 | 30 | 1 | 35 |
| Kalbfleisch | 1 | 20 | 1 | 10 | 1 | 15 |
| Hammelfl. | 1 | 20 | 1 | 10 | 1 | 15 |
| Speck | 1 | 80 | 1 | 60 | 1 | 70 |
| Butter | 2 | 20 | 1 | 80 | 2 | — |
| Rind. Nierentalg | 1 | — | — | 80 | — | 90 |
| Eier pr. Schock | 3 | 40 | 3 | 30 | 3 | 35 |

## Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 15. November.

Pro 100 Kilogramm.

| | feine W. | mittl. W. | ord. W. |
|---|---|---|---|
| Weizen | 18 M. 60 Pf. | 17 M. 90 Pf. | 16 M. 80 Pf. |
| Roggen | 17 „ 10 „ | 16 „ 90 „ | 16 „ 70 „ |
| Gerste | 16 „ 50 „ | 14 „ 50 „ | 13 „ — „ |
| Hafer | 16 „ 20 „ | 15 „ 20 „ | 14 „ 50 „ |
| Kartoffeln | 2 „ 60 „ | 2 „ — „ | — „ — „ |

Die Marktkommission.

## Posener Wochenmarkt.

s. **Posen**, 15. November.

Bei starker Zufuhr und sehr reger Kauf-lust Roggen etwas höher und fester. Der Zentner Roggen prima 8,30 8,40 M. Gerste 7,75—8 Mark für mittel Waare. Hafer 8 Mark. Weizen 8,75—9,15 M. Erbsen 7,75—8,20. Blaue Lupinen bis 4,75 Mark, gelbe bis 5 M. Heu und Stroh etwas knapp, das Schock Stroh bis 39 M., einzelne Bunde 70—80 Pfennig. Der Zentner Heu 2,50—2,80 Mark, buntweise 20—25 Pfennige. Die kleine Tonne Aepfel 1,20 bis 1,50 Mark. Der Zentner weiße Kartoffeln 1,10 Mark, rothe 1,12 bis 1,30 Mark. Blaue Kartoffeln in kleinen Posten von 1—2 Ztr. zu 2,25—2,50 M. Geflügel bei reger Kauflust knapp. Gänse je nach Schwere von 3 bis 3,50 M., mittel 4 und 5 M. bis zu 9 M. 1 Paar Hühner 1,30 bis 3,25 M. 1 Paar Enten von 2,50—3,50 M. 1 leichte Puthenne 3,75 bis 4,50 M., 1 leichter Puthahn 5 M., 1 schwerer 9—10 M. Eier knapp, die Mandel 90 Pf. Butter das Pfd. 1—1,10 M., feine Tischbutter das Pfd. 1,20 M. Der Liter Milch 12 Pf. Das Pfd. Aepfel 8—10 Pf., edle Sorten 15 Pf. Wild wenig verkäuflich, 1 Hase von 1,50—3,25 M., Rebhühner 1,80—2,25 M. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt in Fettschweinen reichlich und in der Qualität genügend. Preise von 46 bis 47 M., bessere und schwere über Notiz. Ferkel das Paar 27—39 M. Hammel 18—20 Pf. pro Pfd. Kälber 24—26 Pfennig pro Pfd., große, schwere und gut fleischig über Notiz. Milchkühe in gutem Futterzustande 120—160 M. Schlachtvieh 18—24 M. pro Zentner Lebendgewicht. Die Fischer auf dem Wronkerplatz hatten heute ein recht reichliches Angebot, Käufer ungewöhnlich zahlreich. Geschäft sichtlich flott und rege. 1 Pfd. große Karpfen bis 80 Pf. Hechte 60—70 Pf. Das Pfd. große Bleie 30—40 Pf. Schleie 50 bis 60 Pf. 1 Pfd. lebende Zander 80—90 Pf. Barwin 60 65 Pf. Der Markt auf dem Sapiehaplatz verkehrte bei großem und starkem Angebot ebenfalls flott und rege. 1 Puthahn 8 9 M., Puthenne 4—5 M., 1 Paar große, schwere Enten 3,50 M., 1 Paar leichte 2—2,50 M. Geschlachtete Fettgänse pro Pfd. 65—70 Pf. Hühner das Paar 1,30—3,25 M. Eier die Mandel 90 Pf. Butter das Pfund 1—1,20 M.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November.

| Datum. Stunde. | Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe | Wind. | Wetter. | Temp. i. Celf. Grad. |
|---|---|---|---|---|
| 14. Nachm. 2 | 768,3 | N leicht | bedeckt | + 6,6 |
| 14. Abnds. 9 | 769,9 | N leicht | bedeckt | + 6,5 |
| 15. Morgs. 7 | 770,5 | N leicht | bedeckt | + 5,3 |

Am 14. November Wärme-Maximum + 7°0 Celf.
Am 14. „ Wärme-Minimum + 4°1 „

* **Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus Pogorzelice vom 15. November cr.: 2,10 Meter.

## Börse zu Posen.

Posen, 15. November. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) 50,30, (70er) 30,70. (Loko ohne Faß) (50er) 50,30, (70er) 30,70.
Posen, 15. November. [Börsenbericht.]
Spiritus fest. (Loko ohne Faß) (50er) 50,40, (70er) 30,70.

## Börsen-Telegramme.

**Berlin**, den 15. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

| | | Not. v. 14. |
|---|---|---|
| **Weizen** fest | | |
| pr. Novbr.-Dezbr. | 186 75 | 186 25 |
| „ April-Mai 1890 | 195 25 | 195 — |
| **Roggen** ruhig | | |
| „ Novbr.-Dezbr. | 170 50 | 170 50 |
| „ April-Mai 1890 | 171 25 | 171 25 |
| **Rüböl** abgeschwächt | | |
| pr. April-Mai | 65 90 | 66 30 |
| **Hafer** ruhig | | |
| pr. April-Mai 1890 | 161 25 | 161 25 |

| | | Not. v. 14. |
|---|---|---|
| **Spiritus** fest | | |
| **unverst.** mit Abgabe | | |
| v. 50 M. loco o. F. | 51 70 | 52 — |
| „ Novbr.-Dezbr. | 50 70 | 50 60 |
| **unverst.** mit Abgabe | | |
| v. 70 M. loco o. F. | 32 — | 32 40 |
| „ Novbr.-Dezbr. | 31 50 | 31 40 |
| „ April-Mai 1890 | 32 60 | 32 50 |
| „ November | 31 80 | 31 60 |

Kündig. in **Roggen** 1100 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 80,000 Ltr.

| | | |
|---|---|---|
| Deutsche 3½% Reichsa. | 102 30 | 102 10 |
| Konsolidirte 4% Anl. | 106 10 | 106 20 |
| Pos. 4% Pfandbriefe | 100 75 | 100 75 |
| Pos. 3½% Pfandbr. | 99 90 | 99 75 |
| Pos. Rentenbriefe | 104 10 | 103 60 |
| Oestr. Banknoten | 171 10 | 170 70 |
| Oestr. Silberrente | 72 80 | 73 — |
| Russ. Banknoten | 215 50 | 214 75 |
| Russ. konf. Anl. 1871 | — — | — — |

| | | |
|---|---|---|
| Russ. 4½% Bdkr. Pfdbr. | 98 25 | 98 20 |
| Poln. 5% Pfandbr. | 62 90 | 62 80 |
| Poln. Liquid.-Pfdbr. | 57 50 | 57 50 |
| Ungar. 4% Goldrente | 86 10 | 86 10 |
| Oestr. Kred.-Akt. (ultimo) | 166 30 | 165 70 |
| Oestr.-Fr. Staatsb. (ultimo) | 102 30 | 102 30 |
| Lombarden (ultimo) | 56 20 | 55 80 |
| **Fondstimmung** fest | | |

| | | |
|---|---|---|
| Ostpr. Südb. E. S. A. | 94 50 | 94 60 |
| Mainz Ludwighf. dto. | 124 75 | 12[illegible] 50 |
| Marienb. Mlawka dto | 64 60 | 64 90 |
| Mekl. Franzb. Friedr. | 162 60 | 163 — |
| Warsch-Wien. E. S. A. | 194 — | 192 50 |
| Galizier E. St. Akt. | 80 50 | 80 75 |
| Russ 4% konf. Anl. 1880 | 92 85 | 92 90 |
| dto. 6% Goldrente | 113 80 | 113 90 |
| dto. zw. Orient. Anl. | 65 55 | 65 40 |
| dto. Präm.-Anl. 1866 | 150 25 | 150 — |
| Italienische Rente | 93 25 | 93 25 |
| Rum. 6% Anl. 1880 | 106 50 | 106 60 |

| | | |
|---|---|---|
| Pos. Provinz. B. A. | 117 60 | 117 60 |
| Landwirthschft. B. A. | — — | — — |
| Pos. Spritfabr. B. A. | — — | — — |
| Berl Handelsgesellsch | 194 25 | 192 10 |
| Deutsche B. Akt. | 170 70 | 170 60 |
| Diskonto Kommandit | 237 — | 236 — |
| Königs- u. Laurahütte | 170 — | 169 — |
| Dortm. St. Pr. La. A. | 130 50 | 129 20 |
| Inowrazl. Steinsalz | 49 50 | 49 75 |
| Schwarzkopf | 282 — | 281 — |
| Bochumer | 231 50 | 231 75 |
| Gruson | 193 25 | 192 — |

Nachbörse: Staatsbahn 102 50 Kredit 166 50 Diskonto-Kom. 237 — Russische Noten 215 — (ultimo)

**Stettin**, den 15. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

| | | Not. v. 14. |
|---|---|---|
| **Weizen** ruhig | | |
| Nov.-Dez. a. Usan. | 184 — | 184 — |
| Nov.-Dez. neue „ | — — | — — |
| April-Mai a. Usance | 189 50 | 190 — |
| April-Mai neue „ | — — | — — |
| **Roggen** ruhig | | |
| Nov.-Dez. a. Usan. | 165 50 | 166 — |
| Nov.-Dez. neue „ | — — | — — |
| April-Mai a. Usance | 168 — | 168 50 |
| April-Mai neue „ | — — | — — |

| | | Not. v. 14. |
|---|---|---|
| **Spiritus** fester | | |
| **unverst.** mit Abgabe | | |
| v. 50 M. loco o. F. | 51 — | 50 80 |
| **unverst.** mit Abgabe | | |
| v 70 M. loco o. F. | 31 70 | 31 50 |
| pr. Novbr.-Dezbr. | 30 60 | 30 60 |
| pr. April-Mai | 31 90 | 31 90 |
| **Rüböl** behauptet | | |
| pr. Novbr.-Dezbr. | 73 50 | 73 50 |
| pr. April-Mai | 66 — | 66 — |
| **Petroleum** behauptet | 12 35 | 12 35 |

**Petroleum** loco versteuert Usance 1½ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

## Wetterbericht vom 14. November, Morgens 8 Uhr.

| Stationen. | Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm. | Wind. | Wetter. | Temp. i. Celf. Grad. |
|---|---|---|---|---|
| Mullaghmore | 767 | SSO 2 | bedeckt | 8 |
| Aberdeen | 767 | SW 1 | bedeckt | 3 |
| Christiansund | 766 | SW 4 | wolkig | 8 |
| Kopenhagen | 773 | W 1 | Nebel | 6 |
| Stockholm | 770 | still | wolkenlos | — 1 |
| Haparanda | 759 | SW 2 | wolkig | 2 |
| Petersburg | 765 | WNW 1 | wolkenlos | 1 |
| Moskau | 764 | WSW 1 | bedeckt | — 1 |
| Cork, Queenst | 767 | SO 4 | bedeckt | 11 |
| Cherbourg | 768 | SSW 2 | Dunst | 9 |
| Helder | 772 | S 1 | Nebel | — 1 |
| Sylt | 771 | S 1 | heiter [1] | 3 |
| Hamburg | 773 | SO 2 | Dunst [2] | — 1 |
| Swinemünde | 775 | WSW 2 | wolkig | 4 |
| Neufahrwasser | 772 | S 1 | Nebel | 4 |
| Memel | 771 | NNW 1 | Nebel | 1 |
| Paris | 772 | SO 1 | bedeckt | 5 |
| Münster | 773 | ONO 1 | heiter | — 3 |
| Karlsruhe | 776 | S 1 | Nebel | — 1 |
| Wiesbaden | 775 | still | Nebel [3] | — 2 |
| München | 776 | O 2 | Nebel | — 3 |
| Chemnitz | 776 | still | wolkenlos [4] | — 3 |
| Berlin | 775 | OSO 1 | heiter | 3 |
| Wien | 776 | still | heiter | 1 |
| Breslau | 775 | W 1 | bedeckt | 4 |
| Ile d'Aix | 771 | SO 4 | wolkenlos | 9 |
| Nizza | 775 | ONO 4 | wolkenlos | 6 |
| Triest | 775 | still | wolkenlos | 4 |

[1]) Thau. [2]) Reif. [3]) Reif. [4]) Reif.

**Skala für die Windstärke.**

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

**Uebersicht der Witterung.**

Die Luftdruckvertheilung hat sich im Allgemeinen wenig verändert. In Central-Europa dauert das ruhige, theils heitere, theils neblige Wetter ohne nennenswethe Niederschläge fort. In West-Deutschland herrscht fast überall Frostwetter; im Binnenlande sank die Temperatur vielfach bis zu 4 Grad unter dem Gefrierpunkt. In Ost-Deutschland ist noch mildes Wetter vorherrschend.

Deutsche Seewarte.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. November Mittags 2,66 Meter.
„ „ 15. „ Morgens 2,72 „
„ „ 15. „ Mittags 2,72 „

## Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 14. November Abends: 16,1 Normalkerzen.



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.